

KlubExpress

AKTUELLES VON DER LANDTAGSSITZUNG AM 16. NOVEMBER 2022 | AUSGABE 8.2022

Vertrauen

KO Roland Frühstück

Vertrauen ist bekanntlich die härteste Währung in der Politik und Vertrauen gewinnen wir durch Transparenz! Der Rechnungshof hat in seinem aktuellen Bericht zu sieben Vergaben

von externen Beratungsleistungen der Landesregierung erhebliche Mängel aufgezeigt. Ich bin froh, dass Landeshauptmann Mar-



kus Wallner hier rasch reagiert hat und zwar unmissverständlich mit einer klaren Botschaft: Wir haben nichts zu verbergen. Deshalb veröffentlichen wir in Zukunft alle Vergaben und alle Förderungen auf der Homepage des Landes!

Ich bin überzeugt, dass dieser Weg der Transparenz, den Markus Wallner eingeschlagen hat, konsequent weiterverfolgt werden muss, gerade als Volkspartei! Wir sind dem Volk Rechenschaft schuldig und das ist gut so! Wir haben daher auch einem Antrag der Opposition zugestimmt, das Budget des Rechnungshofes in Zukunft im Kontrollausschuss zu erörtern. Rechtlich wäre das schon jetzt möglich, aber warum sollen wir im Landtag für maximale Transparenz nicht ein paar Überstunden machen?



Die Weichenstellungen in der Vorarlberger Energiepolitik müssen rasch und nachhaltig getroffen werden.

Wir machen Vorarlberg krisenfest!

Die „Aktuelle Stunde“ des Vorarlberger Landtags war einmal mehr geprägt vom militärischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine und dessen Folgen für unser Land.

Die extrem steigenden Preise vor allem für Öl und Gas, aber auch für Strom und alle anderen Energieträger sind auch in Vorarlberg angekommen. Die steigenden Energiepreise befeuern zudem die Inflation. „Putin hat uns allen aus energiepolitischer Sicht den Krieg erklärt mit dem einen Ziel, dass er uns davon abbringen will die Ukraine zu unterstützen. Auf diesen Deal lassen wir uns ganz sicher nicht ein“, betonte Landtagsabgeordnete Christina Metzler.

Aktuell werden die heimischen und die europäischen Stromnetze einem Stresstest unterzogen und diverse „Blackoutszenarien“ simuliert, damit im Ernstfall professionell auf einen Stromausfall reagiert werden kann. „Auch hier zeigt sich, dass Vorarlberg auf eine solche Herausforderung gut vorbereitet ist“, lobte Thomas Winsauer die Arbeit der Landesregierung aber auch der Exper-

ten der heimischen Energieversorger. Er verwies auch auf kluge strategischen Entscheidungen der Vergangenheit, etwa den Kauf der Anteile des Bundes an den Illwerken im November 1995 durch das Land Vorarlberg: „Seither sind wir als Land in der Lage, eigenständig die richtigen Entscheidungen zu treffen“.



Foto: ©mauche.eu

„Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht.“

LAbg. Christina Metzler

Vor dem aktuellen weltpolitischen Hintergrund ist es aus Sicht von Christina Metzler der Schritt in die erneuerbaren Energieträger alternativlos: „Es ist klar in welche Richtung wir hier marschieren müssen! Aber es braucht mehr Tempo, um klimafreundliche Projekte umzusetzen!“

Wörtlich

„Wir als Schwarze wollen in Zukunft keine grünen Winter sondern weiterhin weiße Weihnachten!“

Christina Metzler in der „Aktuellen Stunde“

„Nicht jeder Fehler ist auch ein Skandal!“

Christoph Thoma zitiert Landesrat Christian Gantner

„Damit beweisen wir, dass wir weiterhin ein transparentes, ein „suberes“ Ländle sind.“

LR Christian Gantner engagiert sich für eine „subere“ Politik

„Unsere Energiepolitik muss in Zukunft klimafreundlich und russlandfeindlich sein, das ist alternativlos!“

Christina Metzler in der „Aktuellen Stunde“

„Immer nur neue Menschen für die Pflege werden uns nicht helfen, es geht schon um gute und nachhaltige Strukturen!“

Landesrätin Martina Rüscher fordert eine nachhaltige Pflegereform

Aktuelle Anträge

Kinderschutz hat Vorrang

Erst kürzlich, im Mai 2022, erschütterten die bekannt gewordenen Missbrauchsvorfälle in einem Wiener Kindergarten die Öffentlichkeit.

Ein Mitarbeiter hat dort mindestens vier Kinder misshandelt und sexuell missbraucht. Der Vorfall wurde über Jahre vertuscht. „Solche Vorfälle werden in erschreckender Regelmäßigkeit publik. Damit

Foto: @mauche.eu



„Umfassender Kinderschutz hat absoluten Vorrang.“

LAbg. Raphael Wichtl

Raphael Wichtl von einer Initiative, die nun vom Landtag einstimmig beschlossen wurde.

Die Folgen von Missbrauch sind dramatisch, sie prägen ein Leben lang. Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, tragen daher eine besonders große Verantwortung. „Wir wollen daher eine einheitliche, landesweit gültige Definition des Begriffs „Kinderschutzkonzept“ vornehmen.

Geplante Kinderschutzkonzepte

Geplant sind auch landesweit einheitliche Standards für Kinderschutzkonzepte“, erläutert Wichtl. Dazu soll es künftig eine Koordinations- und Kompetenzstelle für Kinderschutzkonzepte geben. „Die kann entweder beim Kinder- und Jugendanwalt oder bei der zuständigen Fachstelle im Land angesiedelt sein“, berichtet der Jugendsprecher weiter.

verbunden ist die Aufforderung an die Politik, noch genauer hin zu sehen, damit wir unsere Kinder noch besser schützen können“, berichtet VP-Jugendsprecher

Schulsozialarbeit für Alle

„Die Schulsozialarbeit hat sich an Vorarlbergs Schulen mehr als bewährt, das hat uns nicht erst die Corona-Pandemie vor Augen geführt“, betonte die Bildungssprecherinnen der Volkspartei, Veronika Marte im Landtag.

Umso unverständlicher war die Entscheidung des Bundes, dieses psychosoziale Angebot an den 32 Bundesschulen im Land nicht mehr anzubieten: „Eine Systemumstellung bei der Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sollte nicht dazu führen, dass der Bund sich komplett aus der Schulsozialarbeit zurückzieht. Ich bin der Überzeugung, dass alle Schülerinnen und Schüler in Vorarlberg – auch jene fast 17.000, die eine mittlere oder höhere Schulen besuchen – die Möglichkeit haben sollten, die wichtigen Angebote der Schulsozialarbeit in Anspruch zu nehmen.“

Im vergangenen Schuljahr waren fünf Schulsozialarbeiter:innen (4 Stellen) für die mittleren und höheren Schulen in Vor-

arlberg im Einsatz. Sie waren jede Woche (je nach Schulgröße) bis zu einem Tag an Vorarlbergs Schulen tätig. Für das aktuelle Schuljahr fand jedoch die erwähnte Systemumstellung bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit statt, mit der Konsequenz, dass die Schulsozialarbeiter:innen

Foto: m. dittrich



„Die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern muss gewährleistet sein.“

LAbg. Veronika Marte

nur mehr an den Pflichtschulen in Vorarlberg im Einsatz sein können.

Mittlerweile hat das Ministerium auf die unbefriedigende Situation reagiert und die Finanzierung neu geregelt: „Wichtig ist nun, dass die Stellen auch rasch mit dem entsprechenden Fachpersonal besetzt werden“, so Marte abschließend.

Regierungsfractionen schaffen Transparenz

Laut VP-Abgeordnetem Clemens Ender soll der Umgang mit Steuergeldern für die Bürgerinnen und Bürger möglichst transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.

„Insofern bin ich auch froh, dass wir uns in der Regierungskoalition auf eine Transparenzoffensive geeinigt haben, die sicherstellt, dass künftig direkte Auftragsvergaben und Förderungen des Landes automatisiert und fortlaufend auf der Homepage veröffentlicht werden“, betonte Clemens Ender in der Debatte.

Mit einer entsprechenden Ausschussvorlage der Regierungsfractionen wurde die-



Transparenz beim Umgang mit öffentlichen Geldern

ser Zielsetzung nun Rechnung getragen. Dazu Ender: „Wir gehen in diesem Thema weiter als die Opposition. Wir sind nämlich der Meinung, dass nicht nur die Abge-

ordneten im Ausschuss hinter verschlossenen Türen über die aktuellen Vergaben und Förderungen informiert werden sollen, sondern dass diese Informationen für jede und jeden Bürgerin und Bürger frei zugänglich sein sollen.“

Einsicht jederzeit für Jeden

„Der Landesamtsdirektor übernimmt die Steuerung“, berichtet Ender. Jeder und jede soll zu jeder Zeit Einsicht nehmen können und Details zu Vergaben, Förderungen und Öffentlichkeitsarbeit des Landes erhalten. Im Moment laufen Prüfungen, in welchen Bereichen Einschränkungen (Datenschutz) notwendig sind.

Landtagstelegramm

Regierungsvorlage „Gesetz über eine Änderung des Sozialleistungsgesetzes“ (Beilage 121/2022): Die Regierungsvorlage wird mehrheitlich (ohne FPÖ) angenommen.

Bericht des Landes-Rechnungshofs Vorarlberg „Ausgewählte externe Beratungsleistungen in Dienststellen des Amtes der Landesregierung“ (Beilage 100/2022): Der Bericht wird nach intensiver Diskussion einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bericht der Landesregierung „46. Bericht über den Föderalismus in Österreich (2021)“ (Beilage 102/2022): Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bericht der Landesregierung „Tätigkeitsbericht 2021 des Instituts für Föderalismus“ (Beilage 103/2022): Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

S-Antrag „Alle pflegenden Berufsgruppen in die Pflegereform einbeziehen“ (Beilage 92/2022): Der Antrag wird bleibt in der Minderheit (SFN).

Ausschussvorlage „Pflegereform zügig umsetzen und Maßnahmen zur Attraktivierung der Gesundheitsberufe prioritär bearbeiten“ (Beilage 136/2022): Die Ausschussvorlage wird einstimmig angenommen.

S-Antrag „Insolvenzverfahren den Realitäten anpassen und Ungechtigkeiten, die zu Armut führen, beseitigen“ (Beilage 95/2022): Der Antrag wird in den Punkten 1 u 2 einstimmig angenommen, die Punkte 3-6 bleiben in der Minderheit (S,F).

S-Antrag „Kindergrundsicherung einführen“ (Beilage 97/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (S).

Ausschussvorlage „Prüfung des Kindergrundsicherungs-Modells“ (Beilage 137/2022): Die Ausschussvorlage wird mehrheitlich angenommen (VGFS).

S-Antrag „Kompetenzzentrum für Klimaschutz“ (Beilage 93/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (FSN).

Ausschussvorlage „Zukunftsorientierte Ausbildungen weiterentwickeln“ (Beilage 131/2022): Die Ausschussvorlage wird einstimmig angenommen.

N-Antrag „Personalmangel-Mangel in der Kinder- und Jugendhilfe abfedern – Kindeswohl sicherstellen!“ (Beilage 98/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (NFS).

Ausschussvorlage „Personelle und organisatorische Herausforderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verbessern“ (Beilage 138/2022): Die Ausschussvorlage wird einstimmig angenommen.

N-Antrag „Mehrleistung muss sich lohnen! – Mit einem Vollzeit-Zuschlag für Pflegekräfte dem Personalmangel entgegenwirken“ (Beilage 104/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit.

G/V-Antrag „Kinderschutzkonzepte landesweit etablieren!“ (Beilage 120/2022): Der Antrag wird mit Ausnahme einstimmig bzw. mehrstimmig (Pkt. 3) angenommen.

F/S/N-Antrag „Kinderschutz braucht Ressourcen – Koordinations- und Kompetenzstelle für Kinderschutz einrichten!“ (Beilage 109/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (FSN).

N/V/G/F/S-Antrag „Zugang zu Unterstützungsleistungen für Familien niederschwellig und unbürokratisch gestalten!“ (Beilage 113/2022): Der Antrag wird einstimmig angenommen.

S-Antrag „Lebensmittelsicherung im Land erhöhen – Ausbau des Selbstversorgungsgrades beim Schweinefleisch forcieren!“ (Beilage 101/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (FSN).

Ausschussvorlage „Konsum und Produktion regionaler, konventioneller und biologischer Lebensmittel stärken“ (Beilage 130/2022): Die Ausschussvorlage wird einstimmig angenommen.

F-Antrag „Gerechtigkeit für Vorarlbergerinnen und Vorarlberger – Keine Klimabonus-Zahlung an Asylwerber und Häftlinge!“ (Beilage 105/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (F).

F-Antrag „Vorarlbergerinnen und Vorarlberger entlasten statt immer weiter belasten – CO2-Steuer sofort zurücknehmen!“ (Beilage 110/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (F).

F/S/N-Antrag „Volle Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern – Erstellung eines jährlichen Förderberichts!“ (Beilage 111/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (FSN).

F/S/N-Antrag „Volle Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern – laufende Information über Vergaben der Landesregierung!“ (Beilage 112/2022): Der Antrag bleibt in der Minderheit (FSN).

Ausschussvorlage „Förderungen und Vergaben: Transparenzoffensive starten“ (Beilage 139/2022): Die Ausschussvorlage wird mehrheitlich angenommen (V/G).

F/S/N-Antrag „Effiziente Kontrolle sichern – umfassende personelle und budgetäre Ausstattung des Landes-Rechnungshofes gewährleisten!“ (Beilage 119/2022): Der Antrag wird in Pkt 1 mehrheitlich, in Pkt 2 einstimmig angenommen; Pkte 3 und 4 bleiben in der Minderheit (FSN).

V/G-Antrag „Sozialarbeit an Bundesschulen sicherstellen“ (Beilage 106/2022): Der Antrag wird einstimmig angenommen.

F-Antrag „Gerade jetzt – Schulsozialarbeit muss weiterhin für alle Kinder und Jugendlichen in Vorarlberg zugänglich sein!“ (Beilage 107/2022): Der Antrag wird in Pkt 1 einstimmig angenommen; Pkt 2 bleibt in der Minderheit (FSN).

Pflegereformen zügig umsetzen

Intensiv diskutiert wurden im Landtag einmal mehr die zukünftigen Perspektiven des Pflegeberufs. Anlass waren zwei Anträge der SPÖ und der Neos.

Lob kam dabei von VP-Sozialsprecherin Heidi Schuster-Burda für die im Juli vom Nationalrat beschlossene Pflegereform:

Foto: @mauche.eu



„Wir stocken die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich auf.“

LAbg. Heidi Schuster-Burda

„Viele Jahre wurde von verschiedenster Seite gefordert, dass mehr Geld für die Pflegeberufe zur Verfügung gestellt wird.

Diesem Wunsch wurde nun Rechnung getragen. Umso wichtiger ist jetzt, dass die beschlossenen Maßnahmen der Pflegereform zügig im Land umgesetzt werden. Ein konkretes Beispiel ist die nun mögliche Pflegelehre, die rasch bei uns in den Pflegeheimen etabliert werden sollte, damit mehr junge Menschen mit einer Pflegeausbildung beginnen können. Auch der 2000 Euro-Bonus, der nun zur Auszahlung kommt, ist ein Akt der Wertschätzung zum richtigen Zeitpunkt“.

Vollzeit?

Der Wunsch der Neos, Pflegekräften bei einem Anstellungsverhältnis von 90 Prozent einen Vollzeit-Zuschlag zu gewähren, wurde von Schuster-Burda hingegen abgelehnt: „Wir halten es nicht für klug, Vollzeit und Teilzeit gegeneinander aus-



Pflegende Hände sind gesucht wie noch nie.

zuspielen. Wir brauchen derzeit jede pflegende Hand im Land!“

Schuster-Burda erwartet sich eine deutliche Entlastung durch die vom Land erarbeiteten Maßnahmen zur Attraktivierung der Gesundheitsberufe im Akut- wie im Langzeitpflegebereich.

Anfragen

Wie beschleunigen wir die Energiewende?

Der Anteil von Gas am Endenergiebedarf in Vorarlberg liegt bei rund 22 Prozent (rd. 2.165 GWh). Die Importabhängigkeit liegt zwischen 98 und 99 Prozent, heimisches Biogas macht also nur etwa ein bis zwei Prozent aus.

Das Gas stammt bis dato zu einem hohen Prozentsatz aus der Russischen Föderation. „Damit finanzieren wir direkt die

Kriegsmaschinerie von Wladimir Putin. Eine Situation, die nicht nur moralisch unbefriedigend ist“, so Metzler weiter.

Energiebooster

In einer Landtagsanfrage an Landesrat Daniel Zadra haben die beiden Abgeordneten, Christina Metzler und Clemens Ender in Erfahrung gebracht, welche Möglichkeiten im Rahmen der „Energieautonomie 2030+“ bestehen, diese Abhängigkeit so rasch wie möglich zu verringern. Beide Abgeordnete drängen darauf, die geplanten Ausbaumaßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energieträger noch einmal zu beschleunigen: „Wir brauchen hier einen echten Booster!“

Wie schaffen wir neue Deponiekapazitäten?

Eine weitere Anfrage an Landesrat Zadra thematisiert Deponiekapazitäten in unserem Land. In Vorarlberg fallen pro Jahr rund 1,75 Millionen Tonnen Bodenaushubmaterial an, davon werden rund 70 Prozent (1,3 Millionen Tonnen) in Deponien im Land gelagert. „Die Studienautoren über den „Status quo Bodenaushub und Bau-

restmassen in Vorarlberg“ aus dem Jahr 2021 kommen zu dem Schluss, dass sich bei gleichbleibenden Ablagerungskapazitäten und gleichbleibenden Neugenehmigungen eine zunehmende Verknappung der Verfüllkapazität in den kommenden Jahren ergeben wird.

Das ist eine Entwicklung, die weder ökologisch noch wirtschaftlich zu begrüßen ist. Deshalb müssen wir jetzt darüber nachdenken, wie wir neue Kapazitäten auf den

Foto: @mauche.eu



„Wir brauchen ausreichend Deponiekapazitäten im Land.“

LAbg. Clemens Ender

Markt bringen“, sind sich die VP-Abgeordneten Christina Metzler, Clemens Ender und Steve Mayr einig. Diese zusätzlichen Kapazitäten am Markt würden die aktuell hohen Preise deutlich dämpfen, was sich positiv auf die Baukosten in Vorarlberg auswirken würde, ist Clemens Ender überzeugt.

Dieser Klub-Express ist für
DVR 0109533

Österreichische Post AG
SP 02Z031898 S

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: VP-Landtagsklub, Römerstraße 15,
Landhaus, 6900 Bregenz
Tel.: 05574/511-31105, Fax 05574/511-31195
E-Mail: landtagsklub@volkspartei.at
<http://www.volkspartei.at/>